

Wien, am 15.09.2020

Anfragebeantwortung (lt. Satzung der ÖH)

Anfragesteller_in: Junge Liberale Studierende (JUNOS)

Gestellt am: 01.09.2020

Gestellt an: Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung

1. Wer ist und war für die Redaktion und das Lektorat des Jahresberichtes 2019/2020 zuständig? Wie kann es sein, dass bereits die erste Datumsangabe als zweites Wort in diesem Bericht falsch ist?

Für die Redaktion und das Lektorat war das Referat für Öffentlichkeitsarbeit in Absprache mit dem Vorsitz zuständig. Wie dieser Fehler zustande gekommen ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr eruiert werden. Es sei aber angemerkt, dass Fehler menschlich sind und wir uns bemühen werden, dass so etwas nicht mehr vorkommt.

2. Wieso ist hier alleinig nur ein Forderungskatalog erwähnt und abgebildet, obwohl es einen weiteren einheitlich angenommenen Forderungskatalog gibt und dieser in sämtlicher Kommunikation als gleichwertig angesehen werden muss? Inwiefern ist angedacht, eben jenen Forderungskatalog in Zukunft besser nach außen zu tragen?

Das hat keinen besonderen Grund. Für die Pläne im Bereich Außenkommunikation ist das Referat für Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

3. Gibt es bereits einen Abschlussbericht o.ä. aus der Arbeitsgruppe Studienrecht?

Es gibt noch keinen Abschlussbericht des Vorsitzteams zur AG Studienrecht, da es noch einen weiteren Termin mit dem Ministerium geben wird. Aus der Sicht des Vorsitzteams gibt es noch einige offene Punkte, zu denen es bei den letzten Treffen mit dem BMBWF und der Uniko keinen Konsens gab.

4. Gab es bereits weitere Termine zur Novellierung des HSG? Wenn ja, wann waren diese und was wurde dort besprochen? Wenn nein, wieso nicht?

Seit der letzten Sitzung der Bundesvertretung und Berichterstattung fanden bisher drei weitere Termine mit dem BMBWF statt, welche am 12. August, am 25. August und am 14. September stattgefunden.

Dort wurden noch einige offene Punkte besprochen, wie zum Beispiel die Jahrgangsvertretungen an Fachhochschulen, Hochschulübergreifende Fakultätsvertretungen im PH-Sektor, Aufnahme der Vertretung von Studienwerber_innen in den Aufgabenbereich der ÖH/HVen, sowie die Studienbeitragsverteilung und die Aufwandsentschädigungen.

Zu den Punkten Studienbeitragsverteilung, als auch Aufwandsentschädigungen wurde ein gesonderter Termin eingeladen (25. August), um sich intensiv mit diesen Themen

auseinanderzusetzen. Seitens der ÖH Bundesvertretung wurde, in Zusammenarbeit mit der Kanzlei, als aus dem Input der Vernetzungstreffen der Hochschulvertretungen, ein Vorschlag zu den Aufwandsentschädigung an das BMBWF übermittelt. Hierzu gab es schon ein positives Feedback. Des weiteren wird am 29. September ein weiterer Termin stattfinden, um den ersten Entwurf seitens des BMBWF zu begutachten. Bis zu diesem Termin, soll ein weiteres Vernetzungstreffen mit den Hochschulen stattfinden, um den aktuellen Stand zu besprechen.

5. Was ist der aktuelle Verhandlungs- bzw. Informationsstand bzgl. der von der ÖH Bundesvertretung geforderten Punkte:

- Rückerstattung der Studiengebühren im aktuellen Semester, sowie den Erlass dieser für das kommende Semester
- Etwaige zusätzliche Erlassstatbestände
- Ausweitung der Toleranzsemester
- Abhilfe für Prüfungsantritte

Das BMBWF beharrt auf der Position, dass es keine Rückerstattung bzw. keinen Erlass von Studiengebühren geben wird. Bezüglich etwaiger zusätzlicher Erlassstatbestände verweist das BMBWF auf die Universitäten. Was genau mit "Ausweitung der Toleranzsemester" sowie "Abhilfe für Prüfungsantritte" gemeint ist, lässt sich aus der Fragestellung nicht eindeutig erschließen und kann daher nicht klar beantwortet werden.

6. Was ist der aktuelle Verhandlungs- bzw. Informationsstand hinsichtlich des Nachweises bzgl. der Familienbeihilfe?

Das Vorsitzteam, hat bereits im Juni Kontakt mit dem Kabinett der BMin Aschbacher Kontakt gehabt und die Forderungen bzgl. Anhebung der Zuverdienstgrenze und bzgl. der Verlängerung des Nachweises für die Familienbeihilfe angebracht. Durch den andauernden Druck der ÖH wurden diese Forderungen seitens des Ministeriums letzte Woche endlich umgesetzt.

7. Warum wurden die Gruppen für deren Studienbeitrags-Erlass sich die ÖH Bundesvertretung laut geltender Beschlusslage ins besonders einsetzen sollte nicht im Jahresbericht erwähnt?

Das hat keinen besonderen Grund.

8. Wie sieht es diesbezüglich mit einer Rückerstattung bzw. einem Erlass für das kommende Semester aus? Welche Kommunikation erfolgte diesbezüglich mit dem Ministerium? Bitte um Weitergabe eines etwaigen E-mail Verkehr, etwaiger Gesprächsprotokolle o.ä. ggf. datenschutz-bedenkliche Passagen bitte zu schwärzen.

Die ÖH Bundesvertretung hat schon im SoSe 2020 mit dem Ministerium ausgiebige Diskussionen geführt und sich lautstark dafür eingesetzt, dass es auch einen Erlass der Studiengebühren im WiSe 20/21 geben muss. Hierzu gibt es noch immer keine Einigung, da das Ministerium es nicht als seine Pflicht ansieht Studierenden zu helfen. Weiterführend wird weiterhin in bilateralen Gesprächen darauf hingewiesen, dass das kommende Semester viele Hürden für Studierende mit sich bringt, sodass viele Studierende ihren Studienabschluss um ein Semester verlängern werden müssen. Als ÖH Bundesvertretung werden wir uns auch weiterhin lautstark dafür einsetzen, dass es zu Lösungsvorschlägen seitens des Ministeriums kommt.

Bezüglich des Email-Verkehrs und etwaiger Gesprächsprotokolle, kann der* Antragsteller*, auf der ÖH Bundesvertretung, nach einer Terminabsprache Einsicht nehmen.

9. In welcher Art und Weise war das Vorsitzteam an der Erarbeitung des Dokuments "COVID-19: Leitfaden für den gesicherten Hochschulbetrieb" des Bundesministeriums beteiligt? Bitte um Übermittlung sämtlicher in diesem Zusammenhang eingebrachten Unterlagen, Stellungnahmen.

Desmond Grossmann, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender, war für die ÖH Bundesvertretung Teil der Task Force, die Inputs für diesen Leitfaden erarbeitet hat. Die endgültige Erarbeitung erfolgte durch das Ministerium – leider ohne eine weiterführende Einbindung der ÖH, obwohl diese immer wieder eingefordert wurde. Hierzu wurden im Sommer 2020 Gruppen und Untergruppen mit Stakeholder_innen gebildet und es gab diverse Debatten in Video-Calls, welche Corona-Sonderverordnungen verlängert werden sollen.

Bezüglich Unterlagen, kann der* Antragsteller*, auf der ÖH Bundesvertretung, nach einer Terminabsprache Einsicht nehmen, sofern es offizielle Unterlagen hierzu gibt.

10. Wurden zur Erarbeitung des Dokuments "COVID-19: Leitfaden für den gesicherten Hochschulbetrieb" lokale Hochschulvertretungen um Input, Stellungnahme oder Erfahrungen ersucht?

Die Erarbeitung des Leitfadens wurde vom BMBWF vorgenommen und nicht von der Task Force, welcher die ÖH Bundesvertretung angehörte. Ob das BMBWF lokale Hochschulvertretungen um Input, Stellungnahmen oder Erfahrungen ersucht hat, ist nicht bekannt. Hierzu gab es einen Video-Call mit der ÖH Bundesvertretung, Rektoraten, uniko und Senaten, wie mit der Sonderverordnung weiter vorgegangen werden soll. Es wurde Input aus der Task Force herangezogen, jedoch warten wir bis jetzt auf das weitere Vorgehen seitens des Ministeriums, da es beim Video-Call keine eindeutige Einigung gab. Um eine Übersicht zu diesen COVID-19 spezifischen Regelungen zu ermöglichen, wurde seitens der Vorsitzteams im Mai 2020 gebeten offizielle Dokumente (Rektoratsverordnungen, Guides, Leitfäden, Satzungsänderungen, Studienordnungsänderungen etc.) hochzuladen. Des Weiteren wurde eine Umfrage zur "Lokalen Umsetzung der COVID-19-Maßnahmen" und potentielle "Best Practice" Beispiele als auch "Baustellen" bei der Umsetzung der Regelungen einzubringen, ausgesendet.

11. Welche Abstimmung wurde diesbezüglich mit den nicht im Vorsitz vertretenen Fraktionen gesucht? Wurde hier um Inputs gebeten?

Die Erarbeitung des Leitfadens wurde vom BMBWF vorgenommen und nicht von der ÖH oder der Task Force. Ob das BMBWF die nicht im ÖH-Vorsitz vertretenen Fraktionen der ÖH Bundesvertretung um Input, Stellungnahmen oder Erfahrungen gebeten hat, ist uns nicht bekannt.

12. Welche interne Abstimmung wurde hier bezüglich der Erarbeitung dieses Dokumentes getroffen? Bitte um detaillierte Darlegung.

Der ÖH wurde der fertiggestellte Leitfaden, welcher vom BMBWF ausgearbeitet wurde und nicht von der ÖH Bundesvertretung oder der Task Force, in einer sehr kurzen Feedbackschleife kurz vor Veröffentlichung übermittelt. In dieser kurzen Zeit, wurde der Leitfaden vom Vorsitzteam und vom Referat für Bildungspolitik gefeedbackt.

Bezüglich Unterlagen, kann der* Antragsteller*, auf der ÖH Bundesvertretung, nach einer Terminabsprache Einsicht nehmen, sofern es offizielle Unterlagen hierzu gibt.

13. Inwiefern war das Referat für Bildungspolitik in die Erarbeitung dieses Dokumentes eingebunden? Bitte um detaillierte Darlegung und Übermittlung der hierzu vom Referat für Bildung und Politik erarbeiteten Inhalte und Vorbereitungen.

Siehe Antwort auf Frage 12. Für genaue inhaltliche Beschreibungen, bitte das Referat für Bildungspolitik anfragen.